Die vergessene Revolution?!

Erinnerungen an die Ereignisse von 1918/19 in und um Oldenburg und Ausblick in die Gegenwart

6. November 2018, Oldenburg

Am 6. November 2018 lud das **Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)** alle Interessierten zu einer Veranstaltung mit dem Titel „Die vergessene Revolution?! Erinnerungen an die Ereignisse von 1918/1919 in und um Oldenburg und Ausblick in die Gegenwart“ nach Oldenburg in die Kulturetage ein.

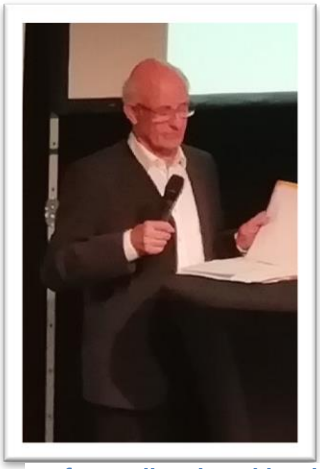
Thema der Veranstaltung war die Novemberrevolution, die sich in diesem Jahr zum 100. Mal jährt. Diese Revolution stellt den Beginn der Demokratie auf deutschem Boden dar. Doch ungeachtet dessen konnten sich viele Menschen damals kaum mit der Revolution identifizieren - es gab große Spannungen. Gerade in Oldenburg und Umgebung.

Urban Überschär

Es stellt sich daher die Frage, ob es Parallelen zwischen damals und heute gibt? Zumal die Demokratie auch heute wieder von rechter Seite in Frage gestellt wird. Im Rahmen der Podiumsveranstaltung wurde genau über diese Frage diskutiert. Nach der Begrüßung durch **Urban Überschär**, Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung Niedersachsen, einer Einführung durch **Ulf Prange MdL** hielt **Prof Dr. Albrecht Eckhardt** einen Vortrag zu „Paul Hug, die Revolution und das Direktorium des Freistaats Oldenburg 1918/19“. In der anschließenden Diskussionsrunde kamen noch der Geschäftsführer der IG Metall Emden **Michael Hehemann** sowie der Jusovorsitzende der Stadt Oldenburg **Tom Schröder** hinzu. Moderiert wurde die Runde von **Dr. Birgit Mangels-Voegt**.

Ulf Prange MdL

Ulf Prange bemerkte in seiner Einführung, dass der Staat und seine Institutionen während der Zeit der Novemberrevolution in Frage gestellt wurden und rechte Kräfte erstarkten. Doch dessen ungeachtet markiere diese fast vergessene Revolution den Grundstein für die Demokratie auf deutschem Boden. Doch warum ist diese Revolution so aus den Köpfen verdrängt worden?



Prof. Dr. Albrecht Eckhardt

Professor Dr. Albrecht Eckhardt führte die Ereignisse in und um Oldenburg weiter aus.

Die Revolution hätte somit nicht nur den Grundstein für eine parlamentarische Regierung gelegt, sondern auch das Frauenstimmrecht eingeführt, das Wahlalter auf 20 Jahre herabgesetzt, sowie einen Acht-Stunden-Tag und die Akzeptanz von Gewerkschaften als Tarifpartner bewirkt. Diese Änderungen seien einstimmig angenommen.

Paul Hug initiierte die Gründung des Direktoriums – der neuen Regierungsform - und spielte als inoffizieller Leiter eine wichtige Rolle. Durch ihn etablierte sich die SPD in Oldenburg und Umgebung.

Die Revolution sei in Oldenburg sehr viel ruhiger und friedlicher von statten gegangen als zum Beispiel in Wilhelmshaven, wo Soldaten stationiert waren. Deren Entwurzelung von ihren Heimatgegenden hätte dazu geführt, dass die Revolution dort bei weitem nicht so gemäßigt abgelaufen sei.

In der Diskussion kristallisierte sich der Aspekt heraus, dass eine weitere Besonderheit der Novemberrevolution darin bestehe, dass diese in der Provinz begonnen habe und von dort aus ihre Kreise gezogen hat. Außerdem wären staatliche Institutionen laut Dr. Eckhardt von den Revolutionär_innen einfach mit übernommen worden.

Von links nach rechts: Prof. Dr. Albrecht Eckhardt, Ulf Prange MdL, Michael Hehemann, Tom Schröder und Dr. Birgit Mangels-Voegt

Auf die Frage nach einer Parallele zwischen Friedrich Ebert und Paul Hug, falle auf, dass auch in Oldenburg die Eliten an ihren Plätzen geblieben wären. Schröder betonte, dass die Arbeiterbewegung jedoch nicht

erst durch Ebert gespalten worden sei, sondern dies durchaus schon davor der Fall gewesen wäre. Doch aufgrund der Kriegsniederlage und den entsprechenden Rahmenbedingungen wäre es der SPD nicht möglich gewesen, auf die Fokussierung der Eliten zu verzichten und dadurch mehr als Gründervater der Nation zu agieren.
Auf die Frage nach Parallelen zwischen der damaligen und der heutigen Situation führte Schröder u.a. die starke Zersplitterung im linken politischen Lager auf. Auch Hehemann erkennt gewisse Parallelen in der Interessenslage. Prange nannte außerdem die Radikalisierung als eine weitere Gemeinsamkeit, machte aber deutlich, dass es insgesamt zu Zeiten der Weimarer Republik zu wenige Demokratinnen und Demokraten gegeben habe, die die Republik verteidigt hätten. Eckhardt hielt dagegen: ihm zufolge seien die Umstände und Voraussetzungen heute andere und Weimar auch nicht mit Berlin vergleichbar.

Insgesamt hat die Veranstaltung deutlich gemacht, dass es sich lohnt, sich auch mit diesem Teil der deutschen Geschichte intensiver zu befassen.